

Presse-Information 21.09.2011

Region lehnt sogenannte Kombi-Lösung ab

Regionalversammlung sieht mehr Nach- als Vorteile in der Kombi-Lösung

10 STUTTGART: Ein starkes politisches Signal für Stuttgart 21 und gegen die sogenannte Kombi-Lösung hat die Regionalversammlung heute gesendet. Sie lehnte mit großer Mehrheit den sogenannten Kompromiss-Vorschlag zu Stuttgart 21 ab. In einer gemeinsamen Resolution erklärten CDU, SPD, Freie Wähler und FDP, „dass sich der Verband Region Stuttgart an einer Weiterverfolgung von SK 2.2 weder finanziell noch auf andere Weise beteiligen wird“. Dem schlossen sich die Republikaner an. Damit bestätigen die Regionalpolitiker die in einem Brief an Ministerpräsident Kretschmann Ende August formulierte Haltung der Verwaltung des Verbands Region Stuttgart. Bündnis 90/Grüne und Linke erneuerten ihre Kritik an Stuttgart 21.

„Die Fakten und Sachargumente sprechen dafür, den Bau von Stuttgart 21 weiter voranzutreiben und weitere Verzögerungen zu vermeiden“, sagte Regionaldirektorin Jeannette Wopperer. Die heutige Aussprache in der Regionalversammlung war von der SPD-Fraktion beantragt worden.

20 Der sogenannte Kompromiss-Vorschlag war nach den Ergebnissen des Stresstests von Schlichter Dr. Heiner Geißler und dem Schweizer Beratungsunternehmen SMA als Vorschlag SK 2.2 vorgelegt worden. Danach solle neben einem künftigen Tiefbahnhof mit direkter Verbindung zum Flughafen und zur Neubaustrecke ein verkleinerter oberirdischer Kopfbahnhof betrieben werden. „Grundsätzlich neu ist diese Idee nicht“, sagte Wopperer und verwies auf eine Bewertung der Regionalversammlung aus dem Jahr 1996. Ähnlich hohe Kosten wie bei Stuttgart 21, ein schwierigerer Umstieg vom Fern- zum Regionalverkehr aufgrund zweier Bahnhöfe, erschwerte Direktverbindungen und eingeschränkte städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten sprachen bereits vor 15 Jahren dagegen. „Diese Punkte gelten ohne Einschränkung auch heute“, unterstrich Wopperer. Die Mitfinanzierung der Region an Stuttgart 21 in Höhe von 100 Millionen Euro sei an Kriterien, wie die Rohrer Kurve und die S-Bahn-Haltestelle Mitnachtstraße, gebunden. „Der Kombi-Vorschlag entspricht diesen Kriterien nicht“.

30

40 Zu diesem Ergebnis kommen auch die Fraktionen von CDU, SPD, Freien Wählern und FDP in ihrer Resolution: „In der Gesamtabwägung entfällt die Geschäftsgrundlage für eine Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an der Weiterverfolgung der Kombilösung SK 2.2“. Verkehrliche Zielsetzungen, städte- und raumordnerische Belange und Überlegungen zur zeitnahen Projektrealisierung sprächen des Weiteren gegen die sogenannte Kombi-Lösung.

Kombi-Lösung: Mehr Contra als Pro

Als „Verzweiflungstat und mit heißer Nadel gestrickt“, bezeichnete Christine Arlt-Palmer (CDU) die Kombi-Lösung. Die Liste der Gegenargumente sei lang. Die SMA sei nicht bereit gewesen, den umfangreichen Fragenkatalog der Stadt Stuttgart kostenfrei zu beantworten. Die öffentliche Debatte sei angeheizt, aber nicht mit Inhalten untermauert worden. Das ist ein „sehr fragwürdiges Unterfangen“, so Arlt-Palmer.

50 Thomas Leipnitz (SPD) erkannte mehr Nach- als Vorteile. Die Kombi-Lösung habe weder städtebauliche, noch finanzielle, zeitliche oder planungsrechtliche Vorteile. Verbesserungen für die S-Bahn seien auch nicht zu erwarten, weil der Stammstrecken-Tunnel „die limitierende Größe“ darstellt.

„Die Kombi-Lösung ist kopflos und ohne Not aus dem Zylinder hervorgezaubert worden“, sagte Andreas Hesky (Freie Wähler). Es handele sich „nicht ernsthaft um eine Kompromisslösung“, denn sie habe „entscheidende Nachteile“. So bleibe unter anderem der Nahverkehr auf der Strecke.

60 Für Mark Breitenbücher (Grüne) „steht es völlig in den Sternen“, ob die Gleisflächen je freigeräumt werden können. „Als Hektisch zusammengeschustert und schlicht falsch“, bezeichnete er den von den Projektpartnern unter Leitung von Professor Heimerl erstellten Prüfbericht. Er sei untauglich, um die Kombi-Lösung zu beurteilen.

„Frieden in Stuttgart“ habe Heiner Geißler seinen Vorschlag überschrieben. Jürgen Hofer (FDP) unterstrich: „Wir führen keinen Krieg um Stuttgart 21. Wir tauschen Argumente aus. Wir suchen Mehrheiten für die Lösungen, die uns als die beste erscheint.“ Seine Fraktion werde sich bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21 einsetzen.

70 Die Variante SK 2.2 „ist keine ernsthafte Option, trägt sie doch wesentliche Kritikpunkte der Linken ans Stuttgart 21 weiterhin in sich“, so Christoph Ozasek (Linke). Auch Ulrich Deuschle (Republikaner) kommt zu dem Schluss: „Die Kombi-Lösung verbessert nicht manch problematische Punkte des S 21-Konzepts“.

Region setzt auf Windenergie

Regionalversammlung startet formalen Suchlauf für neue Windkraft-Standorte

80 STUTTGART: Um weitere Standorte für größere Windräder ausweisen zu können, hat die Regionalversammlung heute nahezu einstimmig die Teilfortschreibung des Regio-

nalplans beschlossen. „Unser Ziel ist es, rechtssicher neue Standorte zu planen sowie Gemeinden und Bevölkerung an diesem Schritt umfassend zu beteiligen“, sagte Regionaldirektorin Jeannette Wopperer. Dem Verband Region Stuttgart solle bei der planerischen Koordination eine zentrale Rolle zukommen. In diesem Sinn wünscht sich die Mehrheit der Regionalversammlung Klarheit vom Land, das eine Neufassung des Landesplanungsgesetzes angekündigt hat. Danach sollen bestehende Regionalpläne zur Windkraft aufgehoben werden. Eine angemessene Übergangsregelung bis zur zum Vorliegen neuer regionaler Planungen sei daher erforderlich.

90

Der aktuelle Regionalplan beinhaltet neun Standorte für Windräder, die eine Nabenhöhe von mehr als 50 Meter haben. In allen übrigen Bereichen der Region Stuttgart sind solche regionalbedeutsamen Windräder ausgeschlossen. Doch: „Planen heißt auch, auf neue Anforderungen und Erkenntnisse zu reagieren“, so Wopperer weiter. Die Nabenhöhe der heutigen Windräder liegt deutlich über 100 Meter. Das mache in der dicht besiedelten Region Stuttgart eine „sorgfältige Standortwahl erforderlich“. Der zu Beginn des Jahres vorgelegte Windatlas des Landes zeige, dass auch in der Region Stuttgart Potenzial für Windräder vorhanden sei. Im Zuge des heute angestoßenen Verfahrens gilt es, dieses zu nutzen.

100

Regionale Koordination – Kommunale Planungshoheit

Udo Goldman (CDU) sagte: „Wir leisten im Verband Region Stuttgart unseren Anteil zum Ausbau der erneuerbaren Energien“. Er „bedauerte außerordentlich“ die vom Land geplante Aufhebung der Regionalpläne zur Windkraft und forderte eine regionalplanerische Steuerung. Für die SPD sprach sich Matthias Hahn für „ein gemeinsam mit den Kommunen eng abgestimmtes raumordnerisches Konzept“ aus. Es empfehle sich, „auf die Einbeziehung der Erfahrungen der Region und ihrer Gremien nicht zu verzichten“.

110

Alfred Bachofer (Freie Wähler) warb dafür, „die Kommunen stärker ins Boot“ zu nehmen. Dort seien die Kompetenz und die Chance, Überzeugungsarbeit zu leisten. Windkraft sei ein Standbein der dezentralen Energieversorgung. „Der Verband Region Stuttgart verfügt über Erfahrungen und Know How bei der Ausweisung von Windkraftstandorten. Das will und kann ihm keiner nehmen“, sagte Ingrid Grischtschenko (Grüne).

120

„Der Ausbau der Windkraft gehört zur regionalen Klimaschutzstrategie“. Jürgen Hofer (FDP) unterstrich: „Eine gute Steuerung im Sinne einer räumlichen Koordinierung ist besonders wichtig“. Die Aufwertung der kommunalen Planungshoheit sei zu begrüßen, auch wenn dafür die Region Abstriche machen müsse. „Der zügige Ausbau der Windkraft ist ein zentraler Baustein einer nachhaltigen Energieversorgung in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart“, sagte Christoph Ozasek (Linke). Für eine regionale Steuerung unter Berücksichtigung lokaler Initiativen, plädierte Ulrich Deuschle (Republikaner).